



Prof. Dr. Dorothea Schäfer,
Forschungsdirektorin Finanzmärkte am DIW
Berlin.

SIEBEN FRAGEN AN DOROTHEA SCHÄFER

»Eine duale Trennung von Banken ist nicht ausreichend«

1. Frau Schäfer, in Europa bereitet man sich auf eine Gesetzesinitiative zur Einführung des Trennbankensystems vor. Dabei sollen Universalbanken in Investmentbank und Geschäftsbank aufgeteilt werden. Welche Probleme werden damit gelöst? Die Hoffnung ist, dass man die großen Banken leichter abwickeln kann. Zum anderen will man die Einlagen normaler Bürger gegenüber den Risiken, die durch das Investmentbanking und das Handelsgeschäft auftreten, abschirmen.
2. Glauben Sie, dass diese Hoffnung durch eine Auftrennung der Banken bestätigt wird? Das kommt immer drauf an, wie man es macht. Zurzeit soll nur das Handelsgeschäft, also das, was die Banken auf eigene Rechnung betreiben, abgetrennt werden. Das erste Problem ist aber, dass die Einheiten nach Abtrennung des Eigenhandels immer noch sehr groß sind. Das zweite Problem ist das sogenannte Market Making, also Geschäfte, bei denen zum Beispiel Wertpapiere im Auftrag eines Kunden angekauft und später weiterverkauft werden. Die Bundesregierung möchte das Market Making freistellen und nur das Geschäft auf eigene Rechnung abtrennen. Nun kann aber jede Bank sagen, das Geschäft, das ich da gerade auf eigene Rechnung gemacht habe, ist gar kein Geschäft auf eigene Rechnung, sondern Market Making.
3. Das heißt, die Banken hätten die Möglichkeit, ihre Geschäfte einfach umzudeklariert, um der Auftrennung zu entgehen? Ja, so wie die Bundesregierung den Gesetzesentwurf jetzt gestaltet hat, gibt es eindeutig die Möglichkeit, das Eigengeschäft als Market Making zu deklarieren, und dann müsste man es nicht mehr abtrennen.
4. Welchen Sinn macht dann die ganze Aktion noch? Ja, das ist die Frage. Das könnte ausgehen wie das Hornberger Schießen. Man hätte zwar ein Trennbankengesetz, aber letztendlich keine Bank mehr, die darunterfällt, weil die Aktivitäten, die abgetrennt würden, nicht mehr als solche auftauchen. Selbst wenn man sehr große Banken mit ungefähr 2 000 Milliarden Euro Bilanzsumme lediglich in der Mitte ohne irgendwelche Kriterien trennen würde,

hätte man immer noch zwei große Banken mit 1 000 Milliarden Bilanzsumme. Da ist es immer noch fraglich, ob diese Großbanken abwickelbar sind. Um Banken abwickelbar zu machen, ist eine duale Trennung nicht ausreichend. Es muss wahrscheinlich eine Trennung geben, die nicht nur dual ist, sondern von mir aus drei Einheiten schafft. Dann bekomme ich Banken, die in etwa eine Bilanzsumme aufweisen, die vielleicht abwickelbar ist.

5. Die Größenbegrenzung ist das eine Ziel. Das andere Ziel ist, die Einlagen normaler Bürger zu schützen. Wird das mit einer Trennung erreicht? Das werden wir erst hinterher wissen, weil diese Banken ja nicht wirklich voneinander getrennt werden, sondern nach wie vor in einer Holdingstruktur miteinander vereint sein dürfen. Das Management der Gesamtbank hat ja kein Interesse daran, so zu entflechten, dass die Einzelbanken keine Verbindung mehr haben. Die gesamte Last der Entflechtung würde dann auf der Bankenaufsicht liegen, die meines Erachtens personell nicht dafür ausgestattet ist, um das wirklich durchzusetzen.
6. Im Moment haftet der Steuerzahler für die Risiken der systemrelevanten Banken. Wird eine Auftrennung der Universalbanken dieses Problem wirklich lösen? Wenn man die Universalbanken in abwickelbare Einheiten aufspalten und tatsächlich abwickeln kann, wäre das Problem mit der Haftung der Steuerzahler gelöst. Natürlich wird der Steuerzahler immer für die Einlagen im Rahmen der Einlagensicherungssysteme haften. Aber diese Gesamthaftung für die gesamte Passivseite der Bankbilanz wäre damit weg. Wenn man Banken abwickeln kann, dann werden die Gläubiger automatisch wie bei jeder anderen Unternehmensinsolvenz beteiligt.
7. Wie beurteilen Sie persönlich diese Gesetzesinitiative zur Einführung des Trennbankensystems? Die Gesetzesinitiative ist gut gemeint, aber das was sie letztendlich bewirkt, ist wahrscheinlich marginal.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
80. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Richard Ochmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Franziska Bremus

Textdokumentation

Lana Stille

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.